Nr. 167

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

84. Jahrgang

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte.

Bank-Konto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk),
der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-A.

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: monatlich 22.50 Mark, vierteljährlich 67.50 Mark durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 21.— Mark, vierteljährlich 63.— Mark.

Dresden-Blasewitz
Donnerstag, den 20. Juli 1922.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 4.— Mark, im Textteile die Zeile 12.— Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 10 Uhr

Korfanty.

Von Dr. Herschel, M. d. R.

Die Wahl des früheren deutschen Abgeordneten, späteren polnischen Abstimmungskommissars und Leiters des furchtbaren dritten Aufstandes in Oberschlesien, Herrn Wojcech (Albert) Korfanty zum Ministerpräsidenten in Warschau ist nicht nur eine Tatsache von allgemeinem Interesse, sondern wohl das außenpolitische Ereignis des Tages. Birgt sie doch Gefahren für den Weltfrieden und namentlich für den deutschen Osten in sich, von den Erschütterungen des polnischen Kredites und polnischen Staates ganz zu schweigen.

Wie der schwache Abstimmungssieg der Anhänger Korfantys (219 zu 206) innerpolitisch in Polen gewirkt hat, beweist der Brief des Staatspräsidenten Pilsudski an den Sejmmarschall zur Genüge. Darin wird jedes Zusammenarbeiten mit dem neuen Lenker der Staatsgeschäfte mit dürren Worten von vornherein abgelehnt. Wer Herrn Korfanty und seine Methoden von Oberschlesien her kennt, wird diesen sonst außergewöhnlichen Schritt des Staatschefs vollauf verstehen. Er wird diesem bei der augenblicklich gespannten Lage in Polen sicherlich nicht leicht gefallen sein. Augenscheinlich erblickt Herr Pilsudski in dem neuen Ministerpräsidenten eine ernste Gefahr. Zunächst, wie er selbst in seinem Briefe andeutet, für die innere Lage, darüber hinaus aber wohl auch — unausgesprochen — für die äußeren Beziehungen Polens. Dabei sei bemerkt, daß man den bisherigen Staatschef immer noch als einen persönlich gerichteten Mann bezeichnen kann, Korfanty aber als höchst radikal ansprechen muß.

Einzelne Warschauer Blätter sprechen dann auch schon offen von der Gefahr eines Bürgerkrieges. Der könnte uns schon deshalb nicht gleichgültig lassen, weil viele Hunderttausende von Deutschen seit Versailles und Genf polnische Bürger geworden sind und bei inneren Wirren der Nachbarrepublik, die sich aus einem Kampf um die Macht zu sozialer Revolution auswachsen könnte, ohne weiteres, besonders im letzteren Falle, schwer in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Für Oberschlesien tritt noch hinzu, daß wegen der bisherigen Tätigkeit von Korfanty in diesem Lande selbst die dortigen Deutschen unmöglich die Ernennung mit Genugtuung begrüßen können, wenn sie diesen ihren ärgsten Feind auch weit fort führt, und daß er selbst ihnen gegenüber alles andere als freundschaftliche Gefühle hegt.

Die geringe Mehrheit von 13 Stimmen im Sejm beweist, wie unsicher die ganze Stellung des neuen Ministerpräsidenten ist. Ein anderer Mann würde daraus vielleicht die Mahnung zu größter Zurückhaltung schöpfen. Mancher wilde Agitator wurde schon ein ruhiger Staatsmann. Der Aktivismus und die rein auf bloße Massenverführung eingestellte Persönlichkeit Korfantys geben diese Gewähr keineswegs. Es besteht eher die Befürchtung, daß er die inneren Schwierigkeiten im Lande durch irgendwelche außenpolitische „Erfolge" auszugleichen oder in den Hintergrund zu schieben versucht. An Oberschlesien dabei zuerst zu denken, liegt leider sehr nahe.

Nach dieser Richtung müssen seine wiederholten Reden, noch mehr aber die Auslassungen seiner oberschlesischen Presse deutscher und polnischer Sprache die schwersten Bedenken erregen. Da wurde wiederholt die Unzufriedenheit mit dem in Genf territorial und wirtschaftlich Erreichten zum Ausdruck gebracht. Erst kürzlich hatte die „Oberschlesische Grenzzeitung", sein Leibblatt, das Diktat als einen schweren Fehler bezeichnet und für Polen alles Land bis zur Oder gefordert! Wer damit noch das planmäßige Vordringen der Polen in West-Oberschlesien vergleicht, muß große Besorgnisse nach dieser Wahl unseres Feindes zum leitenden Manne empfinden.

Korfanty hat die Methode nationaler Verhetzung seit Anfang dieses Jahrhunderts in ein vormals friedliches und arbeitsames Land getragen. Während des Krieges eine Zeit lang für Deutschland offen schriftstellerisch eintretend, hat er nach unserer Niederlage seine wahre Natur rasch genug enthüllt. Während der zweieinhalbjährigen Besatzungszeit des Abstimmungsgebiets ging er zur Methode der brutalsten Gewalt gegen die Deutschen über. Er war die Seele der drei Aufstände und einige Monate der von den Polen gefeierte Diktator von Oberschlesien. Seine leichtfertigen, nie gehaltenen Versprechungen wurden sprichwörtlich. So hatte er nachher denn auch so viel Feinde im eigenen Lager, daß Warschau gar nicht wagte, ihn zum „Wojewoden" von Polnisch-Schlesien zu machen, sondern dazu den Gewerkschaftsführer Rymer, einen viel ruhigeren und gemäßigten Mann, auswählte.

Zwischen beiden Männern bestand seitdem eine gewisse Spannung, ähnlich wie zwischen Korfanty und Pilsudski. Ob sie dadurch vermehrt oder vermindert werden wird, daß gerade die „nationale Arbeiterpartei", deren Hauptsitz Oberschlesien ist, den Ausschlag zugunsten Korfantys im Sejm gegeben hat, indem sie zur Rechten sich schlug, bleibt abzuwarten. Es kann dem Wojewoden nicht gleichgültig sein, daß sein früherer Nebenbuhler eine große Anzahl oberschlesischer öffentlicher Persönlichkeiten von sich abhängig gemacht hat, weil er Präsident der Pachtgesellschaft der nun polnischen Staatsbergwerke ist, und daß er deshalb eine Art Nebenregierung ausübte. Die Zeiten, wo Korfanty ganz links stand und die „Schlachta" als sogenannter „National-Demokrat" bekämpfte, sind lange vorbei.

Es wird nun wohl darauf ankommen, wer die bewaffnete Macht in Polen bei den vielleicht einsetzenden Wirren hinter sich haben wird, Korfanty oder Pilsudski. Wir Deutsche können nur wünschen, daß unseren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keine neuen Leiden aus ihnen erwachsen und daß sowohl Ostpreußen wie Oberschlesien vor schwerer Prüfung bewahrt werden. Im übrigen heißt es jetzt: Augen auf!

—::—

Deutscher Reichstag.

254. Sitzung vom 18. Juli 1922.

Ohne Aussprache wird ein Antrag aller Parteien angenommen, der die Reichsregierung ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsrat für den Fall, daß der Reichstag nicht tagt, die Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnung zu verlängern. Angenommen werden ferner Gesetzentwürfe über die Gebührenfreiheit bei Ueberführung von Kriegerleichen, über Aenderungen in der Seeunfallversicherung und über den Luftverkehr. Danach dürfen in Deutschland Luftfahrzeuge nur verkehren, wenn sie im Verzeichnis der Deutschen Luftfahrzeuge (Luftfahrzeugrolle) eingetragen sind. Das Gesetz trifft dann weitere Bestimmungen über Luftfahrzeuge und Luftfahrer, Luftfahrunternehmungen und legt bestimmte Verkehrsvorschriften fest. Unverändert angenommen wurde dann auch der **Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse** in dritter Lesung.

Dann folgte die dritte Lesung des **Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik.**

Abg. Bazille (Dtschnat.): Aus dem Munde des obersten Hüters der Gerechtigkeit haben wir gehört, daß sich alle diese neuen Gesetze nur gegen rechts richten sollen. Am Sonntag nach dem Rathenaumord sagte der Reichskanzler hier im Reichstag: Hier steht der Feind, rechts. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Alles Unheil, was aus diesen frevelhaften Worten entsteht, kommt auf sein Haupt. (Große Unruhe links, Rufe links: Das war eine Drohung!) Als der Kanzler gleichzeitig von Demokratie redete, spottete er seiner selbst. Wir hatten leider zwei Deutschlands: ein national-monarchistisches und ein international-republikanisches. Der Kampf zwischen beiden hat die Grundlage des Sieges zerstört. Jeder seiner Verantwortung sich bewußte Staatsmann müßte dafür sorgen, diese Gegensätze auszugleichen, denn nur so ist der Wiederaufbau möglich. Aber Dr. Wirth hat sich nicht gescheut, Millionen Deutscher vaterlandslos zu nennen, und jetzt sollen diese unter Ausnahmerecht gestellt werden. Dieses Gesetz zum sogenannten Schutze der sogenannten deutschen Republik . . . (Großer Lärm links, Präsident Loebe ersucht den Redner, die erregte Stimmung des Hauses nicht noch zu verschärfen. Die Abgeordneten der Linken umdrängen das Rednerpult und hindern den Redner eine Zeitlang am Weitersprechen) lehnen wir ab. Der Reichskanzler hat die Beschuldigung, der Feind steht rechts, nicht zurückgenommen. Allerdings steht der Feind rechts, nämlich der Feind der unzulänglichen und verfehlten Politik des Reichskanzlers. Verfehlt ist es, daß der Kanzler „Feind der Republik" gleichstellt mit „Feind des Vaterlands". Wir haben mit dem Morde nichts zu tun. Abg. Löwenstein (Unabh.): Heuchelei. Der Präsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.) Für die deutschvölkische Bewegung sind wir nur insoweit verantwortlich, als sie innerhalb der Grenzen unserer Organisation sich abspielt. Was jene besonders organisierten Kreise machen, dafür sind wir nicht verantwortlich. (Rufe links: Und Wulle?) Verständlich ist die Bewegung. Das deutsche Volk sehnt sich zurück vom Internationalismus zum Deutschtum. An diesem großen deutschvölkischen Gedanken halten wir fest. Aber mit den Mitteln der Republik und des Sozialismus ist das deutschnationale Ziel nicht zu erreichen. Auch wir leben in schwersten Sorgen, daß dieses Attentat nicht das letzte sein könnte. Wenn wir irgendein Mittel zur Verhinderung der Mordtat hätten, würden wir es anwenden. (Abg. Dittmann (Soz.) hält ein Zeitungsblatt hoch und ruft: Herr Wulle hetzt schon wieder.) Das alte Testament hat den politischen Mord als eine göttliche Mission hingestellt. Das müßte Ihnen, Herr Löwenstein, doch aus dem alten Testament bekannt sein. (Lärm und erregte Zurufe, u. a. des Abg. Kuhnt. Präsident Löbe ruft die Abgg. Bazille und Kuhnt zur Ordnung.) Wir haben nie zum politischen Morde gehetzt, wohl aber Sie (nach links). Weisen Sie uns eine Stelle in unserer Presse nach, wo wir zum Morde aufgehetzt haben. (Rufe links: Wulle!) Von Parteibeziehungen zu den Mördern kann gar keine Rede sein. (Die Abgeordneten der Mehrheitsparteien verlassen größtenteils den Saal.) Der Münchener Hochverräter Leoprechting wurde vom Chef der Reichskanzlei und dem Leiter der Reichspressestelle empfangen. (Hört, hört! rechts.) Wenn man so argumentieren wolle wie die Linke, dann müßte man sagen, daß die Reichsregierung Beziehungen zu Leoprechting unterhalten habe. Als einziges Beweismittel hat der Reichskanzler einen Satz des Abg. Wulle verlesen, wonach die Reichsregierung eigentlich nur der Gerichtsvollzieher der Entente sei. Der hierin liegende Sarkasmus ist freilich etwas scharf, aber durchaus nicht unerklärlich. Die sozialdemokratische Presse leistet sich ganz andere Kritiken und Verspottungen von Mitgliedern der Reichsregierung. Der Reichskanzler durfte sich nie dazu hinreißen lassen, Millionen deutscher Männer und Frauen als Feinde zu bezeichnen. Nicht die „Atmosphäre" ist an dem Unheil schuld, sondern der Sumpf selbst, und über diesen Sumpf sagt der Sozialdemokrat Winnig: **„Die Revolution war ein nationales Unglück, die brennende Schmach des 20. Jahrhunderts."** (Hört, hört! rechts.) Wahr: nirgends in der Welt wäre es möglich gewesen, daß man Männer in der Größe wie Ludendorff und Hindenburg als Reichsverderber und Massenmörder hinstellen durfte. (Pfuirufe rechts.) Wo war es möglich, die ruhmbedeckte Nationalfahne durch den Schmutz zu ziehen, wie es mit der schwarzweißroten Fahne geschehen ist. (Inzwischen sind die meisten Abgeordneten wieder in den Saal zurückgekehrt.) Man wollte sogar den Frevel begehen, die Statue des ersten Kaisers aus der Wandelhalle des Reichstages zu entfernen. 56 Tote und 140 Verwundete fielen bei den Demonstrationen nach dem Morde Rathenaus auf der Straße. So schützt Dr. Wirth Leben und Eigentum der Bürger. (Großer Lärm links und in der Mitte. Abg. Giebel (Soz.) ruft: Gemeiner Heuchler. Präsident Löbe: Ich habe mit Bedauern wahrgenommen, daß der Redner wieder eine Menge persönlicher Angriffe gegen den Reichskanzler gerichtet hat. Aber ich habe kein Recht, einzuschreiten. Den Abg. Giebel rufe ich zur Ordnung. Ich bitte aber den Redner zu bedenken . . . Erneuter Lärm. Die Linke unterbricht den Präsidenten. Man hört Rufe wie Lump. Sie sind eine Schande für den Reichstag. Die Abgeordneten umdrängen dicht das Rednerpult. Schließlich droht Präsident Löbe mit Unterbrechung der Sitzung, falls nicht Ruhe gehalten werde. Abg. Fehrenbach (Ztr.): Laßt ihn doch reden, kommt hinaus.)

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Ich will auf die Persönlichkeit des Herrn Bazille nicht eingehen, aber seine aufreizenden vergiftenden Ausführungen verdienen eine entschiedene Zurückweisung. (Lebh. Zustimmung links und in der Mitte.) Sie (nach rechts) haben diese Rede angehört. Können Sie sie billigen? (Abg. Graf Westarp: Jawohl! Stürmische Entrüstungskundgebungen bei der Mehrheit.)

Abg. Emminger (Bayr. Vp.) legt nochmals die Gründe dar, die seine Partei zur Ablehnung der Vorlage bewogen haben. Wenn man Bayern politisch mehr entgegengekommen wäre, dann wäre sicherlich eine Entspannung der Lage eingetreten. Die Bayern stehen auf dem Standpunkt, daß die Brüder eines und desselben Volkes sich nicht weiter auseinanderreden sollten. Vielfach handle es sich nur um Mißverständnisse. Er habe im Reichstage unlängst gesagt, achtzig Prozent des bayrischen Volkes fühlten monarchisch, aber kein vernünftiger Bayer denke doch deshalb an Verfassungssturz.

Abg. Dr. Stresemann: Die großen außenpolitischen Gefahren erfordern die Einigkeit im Innern. Die Rede des Abg. Bazille war daher sehr bedauerlich. Wenn es gelungen ist, eine gewisse Beruhigung in Deutschland zu schaffen, so ist das auch das Verdienst derjenigen, die manches Liebgewordene hintangestellt haben. Das Material, das der Abg. Keil gegen den Abg. Bazille vorbrachte, kann nur den Geheimakten eines Ministeriums entstammen. Gegen einen solchen Mißbrauch der Rednertribüne des Reichstages muß ernstliche Verwahrung eingelegt werden. Redner wendet sich dann dem Schutzgesetz zu und führt an, daß dessen Ausnahmecharakter nicht mehr besteht. Das Recht der Wahlversammlungen sei gesichert. Dem Gesetze sei jeder Parteicharakter und jeder schikanöse Charakter genommen worden. Der Redner empfahl dabei einen Antrag, wonach bei einem Zeitungsverbot auf längere Dauer ein aufschiebendes Veto ermöglicht wird. Die Deutsche Volkspartei stimme der Vorlage mit großer Mehrheit zu, in der Erwartung, daß das Gesetz objektiv gehandhabt werde. Der Redner richtet dann noch mahnende Worte an die Bayern, die auch die schwierigen Verhältnisse in Norddeutschland berücksichtigen müßten.

Nach weiterer Aussprache trat man in die Einzelberatung ein, wobei die Vorlage noch verschiedene Abänderung fand. **Darauf wurde das Schutzgesetz in namentlicher Abstimmung in dritter Lesung gegen die Deutschnationalen, die Bayrische Volkspartei, den Bayrischen Bauernbund, einige Volksparteiler und die Kommunisten angenommen. Dafür stimmten 303 Abgeordnete, dagegen 102 Abgeordnete. Vier enthielten sich der Stimme.**

Angenommen wurde ein schleuniger Antrag Dr. Petersen (Dem.), Müller-Franken (Soz.), Marx (Ztr.) auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Reichswehr und den Reichswehrminister. — Die Amnestievorlage wurde mit unwesentlichen Aenderungen in dritter Lesung gegen die Rechte angenommen. Der Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wurde in dritter Lesung gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die beiden bayrischen Gruppen mit 278 gegen 137 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Ebenfalls in dritter Lesung angenommen wurde der Gesetzentwurf zur Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamtes. Ein Antrag der Regierungsparteien, für Maßnahmen zum Schutze der Republik vorläufig 75 Millionen zur Verfügung zu stellen, wurde gleichfalls angenommen.

Darauf wurde die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen. Neu auf die Tagesordnung gesetzt wurde ein Antrag Stresemann, der den im Schutzgesetze gestrichenen Schutz für Versammlungen aufnehmen und im Reichsstrafgesetzbuch festlegen will. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde der Antrag mit einem Antrag Levi (Unabh.), wonach Beamte, die die ihnen nach dem Gesetze zum Schutze der Republik überwiesenen Pflichten nicht erfüllen oder die ihnen aus diesem Gesetz zustehenden Rechte mißbrauchen, in schweren Fällen mit Zuchthausstrafe bestraft werden sollen, dem Rechtsausschuß überwiesen. — Eine Aenderung des Diätengesetzes, die Tagegelder für die Mitglieder des Reichstages auf 10000 Mk. pro Monat zu erhöhen, wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. — Damit war die Tagesordnung erschöpft und die letzten Hindernisse für den Ferienbeginn beseitigt. Die nächste Sitzung soll nicht nach dem 17. Oktober stattfinden, gegebenenfalls schon früher.

Politische Nachrichten.

Die Ernennung Simons.

Reichspräsident Ebert ernannte am gestrigen Tage den Reichsminister a. D. Simon zum Präsidenten des Reichsgerichts.

Empfang der gemischten Kommission für Oberschlesien durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 18. Juli. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag Calonder und die übrigen Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien. Zu dem sich anschließenden Frühstück waren außer dem Reichskanzler noch viele führende Persönlichkeiten geladen. Der Reichspräsident wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß Calonder als Vorsitzender der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien eine hohe Auffassung seiner Pflichten gezeigt habe. Deutschland habe aus Oberschlesien ein reiches und blühendes Kulturland gemacht. Es sei entschlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehört, weiter zu entwickeln, und es hoffe, daß auch Polen dem reichen oberschlesischen Lande, das wir ihm blutenden Herzens abtreten mußten, eine gleiche Fürsorge angedeihen lassen werde. Das Vertrauen des deut-